

Jahrhundertprojekt Koralmbahn

Am 9.11. wurden im Turnsaal der Volksschule die eisenbahnrechtlichen Planungsunterlagen der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei wurden seitens der ÖBB-Vertreter Verbesserungen gegenüber dem Umweltverträglichkeitsverfahren (UVP) präsentiert. Leider stellte sich im Rahmen der Diskussion heraus, dass durch den Eisenbahnlärm bei 13 von 32 untersuchten Häusern immer noch Grenzwertüberschreitungen gegenüber den WHO-Richtlinien zu erwarten sind. Die Markgemeinde, die Interessengemeinschaft und die Landespolitik, vertreten durch SPÖ-Klubobmann LAbg. Walter Kröpfl fordern daher mit Nachdruck eine Verlängerung des Vortunnels um 725 m Richtung Osten.

Eine enorme Belastung für die Bevölkerung wird auch die 8-10-jährige Bauzeit sein. Die Tunnelbaustelle entlang der zukünftigen Bahntrasse zwischen Gleinzerstraße und Zeierlingerstraße wird das größte Bauvorhaben aller Zeiten in der Region sein. Seitens der Planer wurde versichert, dass die Lärm- und Staubgrenzwerte eingehalten würden. Mit welchen Maßnahmen das erreicht werden soll blieb allerdings offen. Widersprüchlich waren in diesem Zusammenhang auch die Angaben des ÖBB-Lärmtechnikers: Wegen des zu erwartenden Lärms seien für die Obergeschosse vielfach Lärmschutzfester notwendig, es konnte allerdings kein einziges Beispiel angeführt werden. Bedauerlicherweise werden die höchsten zumutbaren Belastungsgrenzen vielfach ausgereizt, obwohl Verbesserungen ohne markante Mehrkosten technisch möglich wären.

Als weitere Aktivität hat die Interessengemeinschaft im laufenden Jahr eine Lärmschutzpetition im Österreichischen Parlament eingebracht. Diese Forderung nach einem zeitgemäßen Schienen-Lärmschutzgesetz wurde von 3.500 Personen unterschrieben und gemeinsam mit 14 anderen Steirischen und Kärntner Bürgerinitiativen aufgestellt. Unter anderem wird diese Petition von Frau NrAbg. Heidrun Walther sowie von der Österreichischen Ärztekammer befürwortet.

Die Zusammenarbeit zwischen der Marktgemeinde und der Interessengemeinschaft Harterwald Gleinz Zeierling-Süd ist vorbildhaft. So werden die Aktivitäten der Interessengemeinschaft durch die Gemeinde stetes unterstützt und die erforderlichen Maßnahmen gegenseitig abgestimmt. Dadurch erhoffen beide die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die betroffene Bevölkerung zu erreichen. Derzeit wird durch den von der Marktgemeinde installierten „Arbeitskreis“ ein Forderungskatalog erarbeitet, der bis Mitte Dezember bei der Eisenbahnbehörde eingereicht wird. Betroffene Anrainer haben darüber hinaus die Möglichkeit, ihre Anliegen bei der Eisenbahnrechtlichen Verhandlung am 13. + 14. 12. in der Florianihalle in Groß St. Florian vorzubringen.